

# Nachrichten für Naunhof

## und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bensch, Dorsdorf, Eichen, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinge, Köhn, Lindhardt, Pomßen, Stadnitz, Throna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

**Ersteinst** wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich M. 4.—, 1/2 Jährlich M. 12.—, ohne Anzeigen, Post einschl. der Postgebühren M. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreise:** Die 6spaltige Korpuszeile 80 Pfg., auswärts 1.— M. Ankl. 1. Zeile M. 2.—, Reklamazeile M. 2.—, Beilagegebühr pro Saubert M. 2.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Aussträgern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortlich: Karl Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Gung & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 134

Freitag, den 11. November 1921

32. Jahrgang

### Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 4%.  
Übertragungen durch unser Postscheckkonto Leipzig  
No. 10783 spesenfrei. — Geschäftstzeit 9—1 Uhr.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Reichsregierung hat dem Gesetzentwurf über die Beschränkung des Handels mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten ihre Zustimmung erteilt. Auch die preussische Regierung stimmt zu.

Der Deutsche Beamtenbund fordert die sofortige Weiterführung der Beförderungsreform zur Anpassung der Gehälter an die neue Geldwertverteilung.

Rittergutbesitzer von Tiedemann hat sich auf Grund der bestehenden Bestimmungen an den Völkerbund gewandt zum Schutz gegen die ungerechtfertigten Befehlsgewalt deutscher Güter in Polen und Bessarabien.

Der französische Außenminister Loucheur ist vom Ministerpräsidenten Briand zur Abrüstungskonferenz nach Washington berufen worden.

Die französische Zollverwaltung will für jedes der deutschen Zollhäuser, die zum Preise von 10 000 Franken für den Wiederbau geliefert werden, einen Zoll von 13 000 Franken erheben.

Nach einer unbestätigten Pariser Meldung will die Reparationskommission den deutschen Regierung sofort 100 bis 200 Millionen Goldmark als Voranschlag auf die Januarrate fordern.

Der 9. Rätekonferenz ist zum 20. Dezember in Moskau anberaumt worden.

### Städte in Not.

Man wolle eine Doktorarbeit schreiben lassen über die Frage, an welchen Stellen in Deutschland die Finanznöte unserer Lage am drückendsten empfunden werden: im Reich, in den Ländern oder in den Gemeinden. Jedenfalls drohen die Gemeinden, als die kleinsten dieser öffentlich-rechtlichen Gebilde, dem schwersten Druck der Zeit am ersten zu erliegen. Seit Jahr und Tag suchen sie die Aufmerksamkeit des Volkes und der gesetzgebenden Körperschaften auf die immer untragbarer werdende Lage ihrer Finanzen zu lenken, ohne daß damit mehr als das übliche Hin und Her von Reden und Beratungen, von Vorschlägen und Beschlüssen erreicht würde, das niemandem wehe tut, aber auch niemandem zu helfen vermag. Jetzt aber, da sie das unheimliche Galopp tempo unserer Entwicklung innerhalb zwei, drei Monaten unmittelbar an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hat, versuchen sie zu retten, was noch zu retten ist.

Der Deutsche Städtetag tritt Ende dieser Woche in der Reichshauptstadt zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, um den Reichsbehörden die zwingende Notwendigkeit vor Augen zu führen, den Städten in ihrem Finanzjammer mit durchgreifenden Mitteln zu Hilfe zu kommen. Unglücklicherweise fällt aber dieser Aufruf zeitlich mit dem niedrigsten Tiefstand der Reichskassen zusammen. Das Reich ist eben im Begriff, allein seine Ausgaben für Beamtengehälter und Angestellten- und Arbeiterlöhne um Hunderte von Milliarden zu erhöhen, ohne dafür im wesentlichen andere Deckungsmöglichkeiten zu besitzen als eine noch mehr gesteigerte Produktionskraft der Notepressen. An allen Ecken und Enden wachsen die Ausgaben, während die 40 bis 45 Milliarden neuer Steuereinnahmen, die das Wirtschaftliche Steuerbüfett bringen soll, von den Bedürfnissen des Reichsfachmeisters längst überholt sind. Es sei hier nur an die vom Reichsfachminister schon vor vielen Wochen angekündigte Hilfsaktion zugunsten der kleinen Rentner erinnert, die bis jetzt noch nicht einmal bis zu einer Vorlage an den Reichsrat oder an den Reichstag gediehen ist. Ob die Städte unter diesen Umständen vor die rechte Schmelze gehen, wenn sie in erster Reihe einen vermehrten Anteil an den ihnen zur Einziehung überwiesenen Einnahmen aus der Einkommensteuer beanspruchen, muß mehr als fraglich erscheinen.

Freilich, so wie die Dinge jetzt liegen, können sie unmöglich bleiben. Das hoch der Kammer von Berlin dieser Lage offen erklärt, daß die Stadt Berlin die Einkommensteuerbeiträge, die sie für das Reich eingezogen hat, einfach einbehält, weil sie sonst nicht imstande wäre, ihre laufenden Ausgaben zu decken. Die Stadt habe auch in diesem Sommer die Einlagen der Sparkasse über das zulässige Maß von 35 Prozent hinaus in Anspruch genommen. Seine Entschuldigung geht nur dahin, es habe sich lediglich um eine vorübergehende Maßnahme gehandelt. Man hat auch in den letzten Monaten genugsam erfahren müssen, wie schwer es ist, den Kredit selbst einer so großen Gemeinde wie Berlin aufrecht zu erhalten, wenn ihre Einnahmen und Ausgaben in einem wachsenden Mißverhältnis zueinander stehen und wenn weiterhin, was vielleicht noch wichtiger ist, die Kommunalpolitik vielfach nach rein politischen Gesichtspunkten eingerichtet wird. Wir wollen nicht unser Geld nach Berlin geben, denn wir wissen nicht, ob wir es wieder bekommen," befam der Stadtkämmerer immer wieder zu hören, wenn er über kurzfristige Anleihen mit den Geldgebern von früher verhandelte. Er will seine Lust nicht abermals zu neuen Steuern nehmen, zu einer erheblichen Ausgestaltung der Gewerbesteuer, einer Flächen-

und einer Kopfsteuer, umgelegt auf die benutzten Flächen größerer Unternehmungen, bzw. auf die Anzahl ihrer Angestellten. An die Notwendigkeit der Einschränkung aller Ausgaben werde man sich unbedingt gewöhnen und auf vieles verzichten müssen, was noch vor kurzem als selbstverständlich galt. Die Reinlichkeit in öffentlichen Gebäuden und auf Straßen und Plätzen werde nachlassen, die sozialen Einrichtungen würden eingeschränkt werden. Einen Luxus an neuen Krankenhäusern und Schulen könne man sich nicht mehr leisten, werde vielmehr froh sein müssen, sich das erhalten zu können, was man besitzt.

Auch der Berliner Oberbürgermeister sprach von einer trostlosen finanziellen Lage. Die deutschen Städte seien am Ende ihrer Kräfte, der Zusammenbruch unermesslich, wenn die Reichsregierung nicht schnell und tatkräftig eingreife. Es sei absolut nicht mehr möglich, für die riesigen Summen zur Erhöhung der Beamten- und Angestelltenlöhne, der Arbeiterlöhne und wirtschaftlichen Beihilfen aufzukommen. 480 Millionen schienen für diese Dinge allein schon im laufenden Berliner Etat, und 70 bis 80 Millionen seien darüber hinaus noch für bereits zugestandene einmalige Wirtschaftsbereinigungen, Gebühren für Gas, Wasser und Elektrizität, die Tarife für die Straßenbahn usw. könnten nicht von Monat zu Monat erhöht werden, ohne die Bevölkerung über alles Maß hinaus zu belasten. Wir gehen einem höchst bedenklichen Winter entgegen. Die politischen Folgen, die eintreten müßten, wenn nicht Hilfe komme, seien unabsehbar. Schon ließen sich wieder einmal bedrohliche Zeichen von Unruhen, nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen großen Städten und namentlich in den Industriezentren beobachten. Das Reich dürfe die Dinge so nicht weiter laufen lassen, und es müsse, da es selbst gleichfalls in größter Not schwebt, unbedingt bei der Entente nachdrücklich auf eine Herabminderung seiner Belastung durch Reparationsleistungen und Besatzungskosten hinwirken. Einen anderen Weg zur Rettung gebe es nicht.

### Früher Ausblick.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter).  
Berlin, 9. November.

Die erste Lesung der großen Steuergesetze im Reichstage ist beendet, sämtliche Entwürfe sind den beauftragten Ausschüssen überwiesen worden, wo die eigentliche Kleinarbeit der Prüfung jeder besonderen Bestimmung zu leisten ist. Nach einigen Wochen wird der Reichstag sich wieder in seiner Gesamtheit mit diesen Vorlagen zu befassen haben, um sie endgültig zu verabschieden. Wie aber wird sich bis dahin die politische Lage verändert haben? So fragt man sich schon jetzt mit der bänglichen Befürchtung, daß der Riesentempel dieser Steuern vielleicht schon als unzulänglich und überholt zum alten Eisen geworfen werden und durch neue weit schärfere Entwürfe ersetzt werden muß, noch ehe er in Kraft getreten ist. Der Verlust Oberpfälzens und der damit verbundene ungeheure Wertverlust des deutschen Geldes haben so starke wirtschaftliche und finanzpolitische Erschütterungen zur Folge gehabt, daß augenblicklich gar keine Möglichkeit besteht, eine sichere Rechnung über Einnahmen und Ausgaben auch nur auf einige Monate hinaus aufzustellen.

Die allgemeine Betrachtung der Finanzlage und die Beurteilung der Zukunftsaussichten war es daher auch vor allem, die bei der großen Steuerdebatte vor der Einzelerrörterung im Vordergrund stand. Dabei ergab sich, zusammenfassend gesagt, eine Art Zweiteilung der Meinungen. Während man auf der einen Seite zwar auch mit schweren Sorgen in die Zukunft blickt, jedoch die Möglichkeit einer Gesundung nicht für ausgeschlossen ansieht, wurde von den beiden Rednern der Rechten, Hefferlich und Feder-Hessen, die beide einmal Finanzminister waren, fargelegt, daß die augenblickliche Finanzlage kaum noch einen Ausweg aus dem Chaos erkennen läßt und daß ein Fortschreiten auf den bisherigen Bahnen unsehbar zum Untergang führen muß. Es ergab sich bei dieser Aussprache auch diesmal wieder der eigentümlich beruhigende Zustand, daß besonders Hefferlich, den die ererbte Feindschaft von den Sozialisten schiedet, auch von seinen Gegnern trotz heftiger Zusammenstöße dennoch mit voller Aufmerksamkeit angehört wurde. Wenn er darauf hinwies, daß in Deutschland heute fast auf jeden dritten Bürger ein Staatsdiener kommt, und wenn er begründete, warum wir nach seiner Ansicht mit der geplanten Kredithilfe der Industrie höchstens eine Atempause von einigen Monaten erreichen würden, so konnte man sich der Beweiskraft seiner Ausführungen nirgends im ganzen Hause entziehen. Er prophezeite nichts Beringertes, als daß wir über kurz oder lang zu österreichischen Zuständen kommen müßten und daß Arbeitslosigkeit und Hunger das Volk zur Verzweiflung treiben würden. Er blieb aber nicht bei der Kritik stehen, sondern schloß seine große Rede mit einem positiven Ratschlag, indem er die Regierung aufforderte, die Bildung des Deutschen Reiches der Entente offenzusetzen, und vom dem Recht des § 134 des Friedensvertrages unverzüglich Gebrauch zu machen, der eine Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit vorsieht.

Etwas wirklich Überzeugendes konnte kein anderer Redner gegen diese Darlegungen Hefferlichs erwidern, auch der Finanzminister nicht, der am Schluß der Debatte noch folgende Mittelungen über die deutschen Goldzahlungen machte: Über die Hälfte der ersten Goldmilliarde, nämlich rund 550 Millionen Goldmark, sind in der Zeit

vom 1. Mai bis 31. August 1921 durch den Ankauf von Devisen aufgebracht worden. Die am 15. November folgende Rate beträgt nach den Abrechnungsausführungen der Monate Mai, Juni, Juli 275 Millionen Goldmark. Sie gilt nach Vereinbarung mit der Reparationskommission durch die bereits erteilten Sachleistungen als abgezahlt. Wegen der Abbedung der zum 1. Januar fälligen Rate haben Verhandlungen mit dem Garantiefomitee noch keine Klärung ergeben.

### Umschwung am Devisenmarkt.

Die politischen Ursachen des Dollarkurses. Nach dem unerhört hohen Ansteigen des Dollarkurses auf über 330 ist ganz plötzlich ein erheblicher Rückschlag auf 247 erfolgt, der allerdings einigen Schwankungen unterliegt. Das bedeutet immer noch einen unerträglich geringen Wert der deutschen Mark, läßt aber doch erkennen, daß bestimmte politische Einflüsse wirksam gewesen sind, die diesen Umschwung herbeigeführt haben. In der Tat sind zwei Ursachen deutlich festzustellen. In erster Linie kommt die

### Reise der Reparationskommission nach Berlin

in Betracht. Die Spekulation ist offensichtlich ängstlich geworden, sei es, daß sie von den Verhandlungen der deutschen Regierung mit der Kommission irgend welche Erleichterungen in der Zahlung der nächsten am 15. Januar fällig werdenden Reparationsrate erwartet, sei es, daß sie umgekehrt glaubt, die Reparationskommission werde von der deutschen Regierung irgend welche schärferen Maßnahmen zur Erfassung der Devisen verlangen. Aber die Absichten der Entente wird ferner berichtet, daß die Reparationskommission von der deutschen Regierung einen sofortigen

### Vorschuh von 100 bis 200 Millionen Goldmark

auf die am 15. Januar fälligen Zahlungen fordern werde, und daß sie darauf dringen werde, daß diese Zahlungen eher erfolgen als weitere Gehaltsaufbesserungen der Beamten oder höhere Dividendenzahlungen an industrielle Unternehmungen, an denen die Reichsregierung interessiert ist. Die Reparationskommission sei zu strengen Maßnahmen entschlossen, falls sie zu der Feststellung gelangen sollte, daß Deutschland sich seinen Schuldzahlungen entziehen wolle. Man muß in diese Mitteilungen zunächst noch einige Zweifel setzen, denn eine amtliche Bestätigung liegt dazu nicht vor. Ebenfalls nichtamtlich wird ein neuer deutscher

### Gesetzentwurf über den Devisenverkehr

bekannt, der als zweite Ursache für das Steigen der Mark angesehen werden muß. Der wesentliche Inhalt des Gesetzentwurfs ist folgender:

Der Handel mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten soll von nun an die Banken gebunden sein. Die Banken sind verpflichtet, von jedem, der mit ihnen ein Devisen- oder ähnliches Geschäft eingehen will, eine genügende Legitimation zu verlangen, und einen Schlußschein auszustellen. Dieser Schlußschein muß dem Finanzamt besiegelt werden, der ein Devisengeldstück eingegangen ist, überwiesen werden. Die Finanzämter nehmen die überwiesenen Schlußscheine zu den Steuerakten.

### England paßt auf!

#### Bedenken gegen das Wiesbadener Abkommen.

Das Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur über die deutschen Sachleistungen an Frankreich ist, so unverkennbar der damit verbundene politische Fortschritt in die Erscheinung tritt, immerhin eine neue Belastung für das deutsche Wirtschaftsleben. Das hat man auch in England sehr bald herausgefunden, wo man genau aufpaßt, daß die Franzosen nicht etwa von uns mehr bekommen als andere Alliierte. Der Bericht des britischen Delegierten in der Reparationskommission über das Wiesbadener Abkommen stellt ausdrücklich fest, daß Abkommen würde bedeuten, daß Deutschland zu dem ihm von der Reparationskommission nach dem Friedensvertrage auferlegten Last noch eine neue übernommen hat. Man könne nicht annehmen, daß die hinzukommenden Lasten ohne Schäden für die Erfüllung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen getragen werden können. Die Verpflichtungen des Zahlungsplanes seien erst im letzten Mal festgelegt worden und stellten die höchste Last dar, die Deutschland nach den vorliegenden Angaben zu tragen in der Lage sei. Schon auf die Bezahlung der ersten Rate von einer Milliarde Goldmark sei

#### eine harte Entwertung der Mark

eingetreten. Die Folgen des Abkommens könnten sein, daß während eines sehr beträchtlichen Zeitraumes eine Änderung zugunsten Frankreichs und zum Nachteil anderer Alliierte in der Verteilung der verfügbaren Reparationsleistungen zwischen den Alliierten erfolge. Dagegen seien weitere Bürgschaften erforderlich, sowohl nach der Höhe wie der Zahl der deutschen besonderen Leistungen für Frankreich. Aus diesem Grunde hat die Reparationskommission das Abkommen den Alliierten Regierungen einstimmig zur Prüfung empfohlen.

### Ein Sparsamkeitsprogramm?

#### Einschränkung der Besatzungskosten.

Es ist noch nicht so weit, aber man denkt wenigstens daran, einen Versuch zu machen. Diese Einschränkung muß man mehr oder minder bei allen Unternehmungen

den Regierung  
erlaubt in der  
ungen zu er-  
Mann,  
ere,  
ann?  
Tiere:  
Gute in Naunhof  
Bude  
Bernard.  
Stern  
Uhr  
Gemeinde  
CHI  
Lothar  
Abendkasse  
Ausschlag  
im Hotel  
Stern.  
Uhr.  
in Naunhof  
Abend der  
mannschaft.  
Romans?  
em, aber  
geliebter  
sitzer  
nn  
benen.  
2 Uhr.